

# Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(Dietrich Dunder)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23.  
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4720.

Nr. 54.

Berlin, Sonnabend, 6. Juli 1912.

Sechszwanzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Neue Wege der Volksversicherung. — Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1911. — Die Arbeitersekretariate, Rechtsauskunftsstellen und Anwaltsbüros der Deutschen Gewerksvereine im Jahre 1911. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

### Neue Wege der Volksversicherung.

Zu dieser jetzt recht aktuellen Frage wird uns gefolgt:

Bekanntlich haben die Privatversicherungsgesellschaften seit einem Menschenalter auch die Lebensversicherung des kleinen Mannes als eigenen Volksversicherung in ihren Geschäftsplan aufgenommen, indem sie eine Summe von 1500 Mk. ohne ärztliche Unterbindung versicherten. Der Erfolg ist rein zahlenmäßig, ein sehr großer gewesen. Denn der wirtschaftliche Sinn und das Verantwortlichkeitsgefühl der kleinen Sparer für ihre Familien hat auf diese Weise ein Gesamtvermögen von 1 1/2 Milliarden Mk. Versicherungskapital in den Händen der Privatversicherung angehäuft. Trotzdem kann man auf die heutige Volksversicherung das Wort Oskar Adolfs anwenden: „Ein goldener Sattel auf einer dünnen Ware.“ Wissenhaft und Praxis sind heute darüber einig, daß trotz Abstellung der ärztlichen Mängel, d. h. des massenhaften Polizen-Verfalls, die Ergebnisse dieser Volksversicherung in keinem Verhältnis zu dem Aufwande stehen, und daß die an die Versicherungsunternehmungen gezahlten Summen gegenüber den Leistungen an die Versicherten unverhältnismäßig hohe sind. Es liegt dies insbesondere an den hohen Propaganda-, Wettbewerbs-, Abschluß- und namentlich Einziehungskosten. Ein großes Heer von Menschen wird von dieser Tätigkeit, die vielfach nur mit Bemühen und Großen rechnet, ernährt, so daß die Belastungsquote zu groß ist.

Aus diesem Grunde sind Reformen auf diesem Gebiete vielfach in der Öffentlichkeit diskutiert worden. Reformatorisch wirken soll z. B. die Volksversicherung der neuen Tüßfeldorfer Vereinsversicherungsbank, deren Volksversicherungskapital etwa 3 1/2 Mill. Mk. beträgt. Diese versichert insbesondere unter Mitwirkung der Arbeitgeber die Arbeiterschaft ganzer Betriebe, knüpft also an Wohlfahrts-einrichtungen der Großindustrie an, die materiell der Arbeiterschaft Vorteile bringen, aber deren woblätige Wirksamkeit nicht unbestritten ist. Einen Versuch auf viel breiterer Basis stellt die Gründung der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Aktiengesellschaft „Volkspflege“ dar, deren künftige Grundidee der frühere Abgeordnete v. Elm auf dem letzten Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine entwickelte. Danach haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die Genossenschaften des Hamburger Zentralverbandes zusammen ein Gründungskapital von 1 Million Mk. gezeichnet. Sie rechnen auf 2 1/2 Millionen Genossenschaftsangehörige und 1 1/2 Mill. Genossenschaftler als Objekte der Tätigkeit der neuen Volksversicherung, die übrigens dem Reichsaufsichtsamte für Privatversicherung unterstellt werden soll. Das Aktienkapital soll den Garantien mit 4 Proz. im Höchstfalle verzinst werden. Die gesamten Ueberüberschüsse sollen den Versicherten selbst zugute kommen. Für den Fall der Zahlungsunfähigkeit infolge Krankheit und Arbeitslosigkeit soll das einbezogene Kapital den Versicherungsnehmern erhalten bleiben. Das kostspielige Inkassogeschäft sollen die Genossenschaftsstärker im Nebenamt gegen geringe Vergütung übernehmen; auch sollen freiwillige Kräfte aus den Genossenschaftlern dafür gewonnen werden.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese neue Volksversicherung gute Zukunftsaussichten hat, zumal sie

auch in der Anlage der Kapitalien den Interessen der Volksversicherten dienen will. Sie wird, wenn auch nicht materiell — das schließt die Reichsaufsicht aus — so doch moralisch den Einfluß der führenden Kreise, die sich zur sozialdemokratischen Partei zählen, auf die Arbeiterschaft stärken. An die übrigen Arbeiterorganisationen, die auf nationalem Boden stehen, tritt daher die überaus wichtige Frage heran, wie sie die Wohlfahrts-einrichtung der Volksversicherung auch in den Dienst ihrer Richtungen stellen können, um schon nicht nur aus äußeren Gründen im Wettbewerb mit den „freien“ Gewerkschaften in den Hintergrund gedrängt zu werden. Trotz der Sonderintentionen ihrer Mitglieder dürften sie das Beispiel der „Volkspflege“ kaum selbstständig nachahmen können. Ein Zusammenarbeiten mit der Tüßfeldorfer Vereinsversicherungsbank könnte sie in die Nachbarschaft von Organisationsbeitrübungen bringen, die ihren gewerkschaftlichen Grundätzen widersprechen. Ein Begünstigungsvertrag mit einer Privatgesellschaft würde nicht annähernd die Vorteile einer Volksversicherung bringen, die in der Verwendung der Ueberüberschüsse und in der Anlage der Kapitalien lediglich gemeinnützig wirkt. Da ist es wohl von Interesse, darauf hinzuweisen, daß eine solche gemeinnützige Versicherungsform jetzt im Verbände öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten geisthaft ist, der 6 Provinzialanstalten in den östlichen Provinzen bereits besteht und jetzt auch im Westen festen Fuß faßt. Die öffentliche Lebensversicherung wird von den großen Selbstverwaltungskörpern, den Provinzialverbänden und den Landständen gestützt, arbeitet mit geringen Verwaltungskosten, verwendet geschäftsplanmäßig alle Ueberüberschüsse zugunsten der Versicherten und dient auch deren Interessen in der Anlage der Versicherungskapitalien. Diese zukunftsreiche Institution, die mit zahlreichen anderen Selbstverwaltungskörpern Hand in Hand arbeitet, soll nach Einführung der großen Lebensversicherung eine Volksversicherungsabteilung nach rein gemeinnützigem Grundriss erhalten. Der erste Verwaltungsbericht der Ostpreussischen Anstalt sagt über diesen Punkt, der bereits in der Gründungsentscheidung vom Jahre 1910 ausführlich behandelt worden ist, folgendes:

„Eine weitere Aufgabe von hervorragender Bedeutung ist der öffentlichen Lebensversicherung wie bereits in der Vorlage II an den 48. General-Landtag der Ostpreussischen Landschaft, betreffend die Errichtung einer Lebensversicherungsanstalt ausgeführt wurde, in der Einrichtung einer wahrhaft gemeinnützigen Volksversicherung gestellt. Die bestehende Volksversicherung der Privatgesellschaften krank hauptsächlich an der Höhe der Kosten, die im privatwirtschaftlichen Betrieb zur Fortführung und Erhaltung der einmal abgeschlossenen Versicherungen dauernd aufgewendet werden müssen, und an dem bedeutenden Polizenverfall infolge von Unterbrechung der Prämienzahlung durch die überhaupt minderbemittelten und häufig wegen Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. zahlungsunfähigen Versicherungsnehmer. Die Verwaltungs-kosten werden nach Aufnahme des Betriebs der Volksversicherung durch die öffentliche Lebensversicherung von ihr ohne Zweifel durch eine geeignete Organisation zum ausschließlichen Nutzen der Versicherungsnehmer im Vergleich zu denjenigen der Privatversicherungsgesellschaften bedeutend verringert werden. Insbesondere hofft die öffentliche Lebensversicherung, die jetzt von den Privatgesellschaften in der Volksversicherung gezahlten sehr hohen Inkassogebühren wesentlich herabzudrücken und dadurch die Versicherungskosten entsprechend verbilligen zu können. Liberale Bestimmungen über die Karenzzeit und die Umwandlung der Polizen in Prämienfreie werden hinzukommen, und es wird sich dadurch eine sehr erhebliche Verminderung des Verfalls von Versicherungen im Vergleich zu dem jetzt bei den privaten Gesellschaften durchschnittlich vorhandenen herbeiführen lassen.“

Die öffentliche Lebensversicherung verfolgt überhaupt den Grundgedanken der Anlage der Versicherungskapitalien im Interesse der Prämienzahler. Sie will auch schon heute Kapitalien zur Selbstmachung von Landarbeitern auf eigener Scholle zur Verfügung stellen. Sie würde also auch bei der Volksversicherung die Prämienreize zur Finanzierung von Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften gemeinnützigen Charakters verwenden. Es liegt daher wohl im Interesse der außerhalb der freien Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft, die Denkschriften des Verbandes, (im Verbandsbüro in Berlin, Kaiserin Augustastr. 19 erhältlich) zu studieren. Vielleicht ergibt sich alsdann die Möglichkeit fruchtbarer Zusammenarbeit auf dem Gebiete einer rein gemeinnützigen Volksversicherung.

### Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1911.

Im letzten Jahre hat die Zahl der Deutschen, welche über deutsche und fremde Häfen ihr Vaterland verlassen, wieder einmal eine größere Abnahme zu verzeichnen. Während nämlich im Jahre 1910 25 531 Deutsche den Staub der Heimat von ihren Füßen schüttelten, waren es im Jahre 1911 nur 22 690, also 2841 weniger. Man geht wohl nicht fehl, wenn man die geringere Zahl der Auswanderer in Zusammenhang bringt mit den günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Denn es ist Tatsache und läßt sich durch Zahlen beweisen, daß in den Zeiten einer schlechten Konjunktur die Zahlen der Auswanderer bedeutend in die Höhe gehen.

Stellt man die letztjährige Ziffer in Vergleich mit der Gesamtbevölkerung, so kommen auf 10 000 Deutsche 3,5 Auswanderer. In den letzten 10 Jahren schwankt diese Ziffer zwischen 3,2 und 6,2. Der diesjährige Prozentjahrs nähert sich also der niedrigsten Ziffer, die im Jahre 1908 erreicht wurde, ganz erheblich.

Von allen deutschen Auswanderern gingen 6507 über Hamburg und 12 199 über Bremen ins Ausland. Die ausländischen Häfen wurden also nur wenig in Anspruch genommen.

Am meisten beteiligt war an der Auswanderung Bayern, das auch im vorigen Jahre an der Spitze stand. Aus diesem Gebietsteile wanderten 2171 Personen, darunter 968 weibliche, aus. Ihm folgt Brandenburg mit 2125, darunter 775 weiblichen Personen. Zieht man jedoch die Einwohnerzahl mit in Betracht, so stellte wie in dem Vorjahre Bremen die meisten Auswanderer.

Auch im Jahre 1911 war der Hauptstrom der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gerichtet, wo nicht weniger als 18 900 Personen ihr Heiligtum fanden. Gegenüber den Vereinigten Staaten spielen die übrigen Länder nur eine untergeordnete Rolle. Denn das ganze übrige Amerika, einschließ- lich Brasilien, Argentinien und Britisch-Nordamerika, nahm nur 3428 Auswanderer auf, während nach Australien 246 und nach Afrika gar nur 18 Personen auswanderten.

Zieht man sich die Auswanderer auf ihren Beruf hin an, so ergibt sich, daß Industrielle und Bauwesen die größte Anzahl stellen, nämlich 6175. In nächstem Abstände folgt die Land- und Forstwirtschaft mit 5694. Das Handels- und Bergbauergewerbe war mit 2748 und die Gruppe der häuslichen Dienstboten mit 2054 Personen beteiligt. Die übrigen Berufsgruppen teilten zu den Auswanderern rund 1000 oder weniger Personen.

Interessant ist ein Ueberblick über Geschlecht und Alter der deutschen Auswanderer. Angaben darüber liegen von 20 238 Personen vor.

Tabelle II. Zusammenstellung der wahrgenommenen Verhandlungstermine, der Ergebnisse dieser und der Schriftsätze.

Table with columns for location (Ort bzw. Name des Sekretariats), statistics on cases (Es wurden wahrgenommen), proceedings (Die Vertretung), results (Direkt nachweisbares Ergebnis), and costs (Die angefertigten Schriftsätze). Rows list various cities like Berlin, München, Bremen, etc.

und zwar 12 139 männlichen und 8099 weiblichen Geschlechts. Die männlichen Personen sind in weit höherem Maße als die weiblichen an der Auswanderung beteiligt; mehr weibliche als männliche Personen waren nur in den Altersklassen von 1-6 und 17-21 Jahren.

Die Auswanderung von Angehörigen fremder Staaten über Deutschland ist im Gegensatz zum Vorjahr, das eine nicht unbeträchtliche Steigerung aufwies, ganz erheblich zurückgegangen, nämlich von 254 618 auf 183 233.

Der überseeischen Auswanderung steht eine starke Ein- bzw. Rückwanderung gegenüber. Nach den Angaben der maßgebenden Behörden wurden nach Europa befördert, einschließlich der von der amerikanischen Einwanderungsbehörde zurückgewiesenen, 198 355 Personen.

Tabelle III gibt die Hauptergebnisse unserer Statistik seit ihrer Einrichtung im Jahre 1907 in den wenigen zusammenfassenden Zahlen. Sie bedarf keiner Erläuterung, um verständlich zu sein.

Tabelle III. Zusammenfassende Darstellung für die Jahre 1907-1911.

Table with columns for year (Jahr), statistics on cases (Es bestanden am 1. Januar, Es wurden Auskünfte erteilt), and results (Angefertigte Schriftsätze, Wahrgenommene Termine, etc.). Rows show data for years 1911, 1910, 1909, 1908, 1907.

Die Arbeitersekretariate, Rechtsanwaltsstellen und Auskunftsbüros der Deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Die Tabelle II enthält im einzelnen den Nachweis über wahrgenommene Gerichtsverhandlungen, über die Ergebnisse dieser Vertretungen und die Schriftsätze. Sie ist auch heute wieder weniger vollständig und lückenhaft als Tabelle I, weil eine ganze Reihe Auskunfteien sich noch immer nicht daran gewöhnen konnten, über die hier zu beantwortenden Fragen Buch zu führen.

Wie viel Geld den Arbeitern durch die Auskunfteien gerettet wird, ist aus oft erwähnten Gründen nicht genau festzustellen. Soweit den Arbeitersekretariaten das Ergebnis bekannt wurde, und sie uns berichteten, haben wir, auf 12 Monate berechnet, den Kostendenen 71 893 M. (79 685 M.) zugeführt. In Wirklichkeit ist die Summe erheblich größer.

Ärzte den Vertrag nicht einhalten, vom Oberverwaltungsamt ermächtigt wird, statt der Krankenpflege und der ärztlichen Behandlungen eine bare Leistung bis zu zwei Dritteln ihres Krankengeldes zu gewähren.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. Juli 1912.

Der Streit zwischen Krankenkassen und Ärztesorganisationen ist immer noch nicht beigelegt. Die Befürchtung, daß über kurz oder lang es zu einem Generalstreik der Ärzte kommen könnte, verursacht in manchen Kreisen Unruhe.

Der 'Vorwärts' hat einen Weinkampf bekommen, weil die Gewerkschaften den Kellnern helfen, zu einer gesunden Berufsorganisation zu kommen. Diese Kräfte wollen ihm aus den roten Augen darüber, daß Herr Goldschmidt auf den Mitgliederfang ausgeht und die Kellner organisiert.

wege des Arbeitsnachweises in den Verband der Gewerkschaften hineinpressen lassen. Darum riefen sie unsere Hilfe an, die ihnen auch gern gewährt wurde. Und wenn es dich auch schmerzt, verehrter „Vorwärts“, der du das unauslöschliche Brandmal des Streikbruchs an deiner dreifachen Stirn trägt: Arbeiter, die noch frei sind in der Wahl ihrer Organisation, lassen sich nicht irremachen durch deine Tränen, wären sie auch so dick wie die Tränen des Protobils.

Immer festerer Zusammenschluß der Arbeitgeber im Baugewerbe. Vergangene Woche ist in Berlin nach längeren Vorarbeiten eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände des Baugewerbes und der Baubewerke unter dem Namen „Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände“ gegründet worden. Dem neuen Bunde sind bereits beigetreten der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, die Zentralverbände der Glaser, Stuckateure und Verputzmeister Deutschlands, die Bauarbeiterverbände im Malergewerbe, die Zentralverbände der Bauarbeiterverbände für das deutsche Holzgewerbe, die Zentralverbände selbständiger Installateure, Klempner und Kupferhändler, die Zentralverbände deutscher Dachdeckermeister, die Zentralverbände der Reichsbund für das Stein-, Plaster-, und Straßenbauergewerbe, die Zentralverbände der Reichsbund für das Stein-, Plaster-, und Straßenbauergewerbe, die Zentralverbände der Reichsbund für das Stein-, Plaster-, und Straßenbauergewerbe, die Zentralverbände der Reichsbund für das Stein-, Plaster-, und Straßenbauergewerbe.

Der Zweck dieses neugegründeten Unternehmerbundes, der übrigens den angeschlossenen Verbänden vollständige Selbständigkeit läßt, soll die gemeinsame Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen, insbesondere beim Abschluß von Tarifverträgen sein. An der Spitze des Bundes steht ein Verwaltungsausschuß; Vorsitzender ist der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Eisele-Weiß, sein 1. Stellvertreter ist der Vorsitzende des Hauptverbandes Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, Krueger-Berlin, 2. Stellvertreter Herr Mitsch-Berlin vom Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe.

Es ist also kein Zweifel, daß dieser engere Zusammenschluß der Organisation einzig und allein zu dem Zwecke erfolgt ist, den Unternehmerstandpunkt gegenüber den Arbeiterorganisationen noch stärker zu vertreten. Immer seither schlingt sich das Band um die Arbeitgeber.

Kann es eine bessere Mahnung zur Organisation für die Arbeitnehmer geben? Ist es angesichts dieser Einigungsbestrebungen unter den Arbeitgebern nicht geradezu ein Frevel, daß die verschiedenen Organisationsrichtungen der Arbeiter sich gegenseitig bekämpfen und ihre Kräfte zerplittern? Es ist wahrlich höchste Zeit, daß die Organisationen der Arbeiter bei völliger Wahrung ihrer grundsätzlichen Anschauungen Schulter an Schulter kämpfen. Nur so ist es möglich, den Unternehmerorganisationen ein ebenbürtiges Gegengewicht zu schaffen.

Arbeiterbewegung. Am Montag haben von neuem in Hannover Verhandlungen zwischen den Unternehmern und Arbeiterorganisationen stattgefunden, um womöglich eine Beilegung der Differenzen in der Metallindustrie herbeizuführen. Es gelang auch, Einigungsversuche zu formulieren, zu denen aber die streikenden und ausgedehnten Arbeiter erst noch Stellung nehmen müssen. Nach diesen Vorschlägen beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 57 Stunden. Wie die Verteilung der Arbeitszeitverteilung durchgeführt wird, darüber sollen sich die einzelnen Werke mit den Arbeitgebern verständigen, wo dies nicht möglich ist, wird vorläufig die von den Arbeitgebern gewünschte Verteilung vorgenommen. Nach drei Monaten soll über die Regelung der Arbeitszeit eine neue Abstimmung vorgenommen werden. Dabei soll der Wunsch der Majorität maßgebend sein. Außerdem wurde sämtlichen Stundenlohnarbeitern eine Zulage von 3 Pf. pro Stunde gewährt. Bemerkenswert ist, daß die von den Unternehmern vorgenommene Ausperrung keineswegs 60 % der Metallarbeiter betraf. Um die Einigkeit im Unternehmerlager ist es demnach schlecht bestellt. — In Wachen dauert der Streik der Former und Gießereiarbeiter unverändert fort. Nach wie vor halten die Arbeitgeber an der Ansicht fest, daß erst an eine Lohnaufbesserung gedacht werden könne, wenn die Arbeit bedingungslos aufgenommen ist. In beiderseitigem Interesse wäre dringend zu wünschen, daß die Unternehmer diesen Standpunkt recht bald revidieren. — Die Bewegung auf dem Sültenwerk in Halle a. S. hat an Ausdehnung zugenommen. Weitere 600 Mann, denen die Anfertigung von Streifenarbeit zuge-

mutet wurde, haben die Arbeit abgelehnt. Die Betriebsleitung hat sich eine Anzahl Arbeitswillige von der Firma W. Müller in Hamburg verschrieben, wird aber mit ihnen kaum auf ihre Rechnung kommen. — Bei der Firma Hoforn u. Wittkind in Frankfurt a. Main sind wegen Maßregelung eines Arbeiters neue Differenzen ausgebrochen, so daß 130 Dreher die Kündigung eingereicht haben. — Die in den Schneidemühlen in Lillit beschäftigten Maschinenisten und Geizer sind in eine Lohnbewegung eingetreten, um eine Aufbesserung ihrer geringen Verdienste und Regelung der Ueberstunden und Nebenarbeiten herbeizuführen.

Der Streik der Londoner Hafenarbeiter ist noch immer nicht als beendet erklärt worden, obgleich die Rot in den Arbeiterfamilien ihren Höhepunkt erreicht hat. — In den französischen Häfen wird ebenfalls weitergefahren. Die Bemühungen der Regierung, Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern herbeizuführen, um dadurch wenigstens ein Schiedsgericht zustande zu bringen, sind wiederum vergeblich gewesen. Die Dockarbeiter haben sich auf die Seite der Seeleute gestellt, und es wird befürchtet, daß demnächst in sämtlichen französischen Häfen der Generalstreik proklamiert wird.

Nachträge zum christlichen Gewerkschaftsrecht. Unter den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften hat die Art, wie die Differenzen zwischen der Berliner und Kölner Richtung zunächst beigelegt sind, vielfach eine starke Mißstimmung hervorgerufen. Man kann sich auf jener Seite mit Recht nicht des Eindrucks erwehren, daß die christlichen Gewerkschaften in allzu großer Abhängigkeit von dem katholischen Klerus stehen. Dieses Gefühl bringt die „Deutsch-evangelische Korrespondenz“ in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Die Lage der protestantischen Mitglieder in den christlichen Gewerkschaften ist durch die Entwicklung, die Papst und Bischöfe die maßgebende Entscheidung überläßt, unerträglich und unwürdig geworden. Protestantisches Unbehagen muß gegen diese Abhängigkeit evangelischer Volksgenossen vom römischen Merkantilismus Verwahrung einlegen. Ein Mittel hätte es gegeben, die Lage der evangelischen Arbeiter gegenüber den päpstlichen Machtbestrebungen erträglich zu gestalten, wenn ein Gewerkschaftskongress jetzt berufen worden wäre und beschlossen hätte: die christlichen Gewerkschaften können als interkonfessionelle Veranstaltungen keine Weisungen entgegennehmen und werden zusammengehalten, selbst wenn der Papst und die Bischöfe den katholischen Arbeitern die Teilnahme an den Gewerkschaften verbieten sollten, weil auf diesem Gebiet auch die katholischen Arbeiter sich an kirchliche Weisungen nicht gebunden fühlen. Das wäre eine gewisse Garantie für die evangelischen Arbeiter gewesen unter der Voraussetzung, daß die Kongressmitglieder die Gewerkschaftsmitglieder hinter sich haben und in der Entscheidungsbefugnis der Gewerkschaftssekretäre stärker ist als der Papst. In allen bisherigen Verhandlungen des Vorstandes der Gewerkschaften ist diese Erklärung nicht zu finden.“

Vielleicht äußert sich der evangelische Herr Behrens einmal zu diesen Auslassungen. Das müßte sehr interessant sein.

Eine Parade der Gelben hat vor einigen Tagen in Essen stattgefunden. Der Bund der Werkvereine war zu seiner Generalversammlung zusammengetreten, und die Redner konnten den Mund nicht voll genug nehmen über die großen Erfolge, die man erzielt haben will. Als antwärtige Arbeiterorganisation fällt es uns schwer, uns eingehend mit den Verhandlungen in Essen zu beschäftigen. Nur einige Momente seien herausgegriffen. Es war angeregt worden, ebenio wie andere Arbeiterorganisationen besoldete Sekretäre anzustellen. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Das ist auch selbstverständlich, denn wenn Arbeitersekretäre die Interessen der Mitglieder vertreten wollen, so geraten sie dabei häufig in Gegensatz zu den Unternehmern. Da das die Gelben nicht wollen und dürfen, überläßt man die Interessenvertretung abhängigen Arbeitern, die es nicht wagen dürfen, gegen den Stachel zu lösen. Auch die Verhandlungen über einen Antrag einer Bundesversammlung nahmen einen recht bescheidenen Verlauf. Da die Aufsichtsbehörde die Genehmigung einer solchen Gründung von der Stellung eines Fonds von 50 000 M. abhängig macht, suchte der Vorstand des Bundes der Werkvereine die Erlaubnis nach, bei den einzelnen Vereinen und ihren Arbeitgebern wegen Zahlung von Beiträgen zur Schaffung eines Fonds vorstellig zu werden. In der Diskussion schlug selbst einigen Gelben das Gewissen, und sie erklärten es für nicht unbedenklich, die Arbeitgeber in einem solchen Falle um Unterstützung anzusprechen.

So viel für heute. In der nächsten Nummer der „Arbeitsberga“, die sich ja mit Vorliebe zum Sprachrohr der gelben Organisationen macht, werden wir vielleicht noch interessantere Dinge lesen. Wir werden dann natürlich nicht veräumen, darüber noch Näheres mitzuteilen.

Die berufsmäßigen Streikbrecher, wie sie von den Firmen Hünze, Kaczmarek und andern gegen sehr gute Bezahlung geliefert werden, erfreuen sich zwar bei den Scharfmachern aller Grade großer Beliebtheit. Von den Arbeitern aber werden sie verachtet, und zwar nicht nur als Streikbrecher, sondern weil sie in ihrer Mehrzahl auch moralisch minderwertige Elemente sind. Auf diesem Standpunkt stehen auch zahlreiche Sozialpolitiker, die die Vorgänge in der Arbeiterbewegung aufmerksam verfolgen. Leute, wie Professor Bernhard allerdings, die ein durch Unparteilichkeit nicht getrübbtes Urteil besitzen, nehmen sich dieser dunklen Ehrenmänner mit großem Eifer an. Deshalb verdient ein Urteil weitest Verbreitung, das der Bergarbeiter im Herzogtum Sachsen-Altenburg bei Beilegung des Ausstandes der Bergarbeiter im Meuselwitzer Revier über jene Elemente in seinem letzten Jahresbericht veröffentlicht hat. Darin heißt es nämlich:

„Die Arbeitswilligen, besonders diejenigen, welche man durch Vermittlung von Agenten herangezogen hatte, erwiesen sich in der Mehrzahl als minderwertige und disziplinlose Burken, so daß die Grubenverwaltungen selbst bemüht waren, sie möglichst bald wieder abzugeben.“

Ähnliche Erfahrungen hat man auch an anderen Orten gemacht. Wo die Streikbrechergarde sich stark genug fühlte, ist es noch stets zu den größten Exzessen gekommen. Wir verweisen nur, um ein Beispiel aus der neuesten Zeit anzuführen, auf die Vorgänge in Görlitz. Wen nach obiger Schilderung die Schuld an den Ausreitungen trifft, ist zweifellos. Wir verzichten deshalb auch gern darauf, noch weitere Betrachtungen an die Kritik der Streikbrechergardisten zu knüpfen.

Die Zahl der deutschen Genossenschaften. Die „Statistische Korrespondenz“, herausgegeben vom Preussischen Statistischen Landesamt, unterrichtet in einer Sondernummer über den Stand der deutschen Genossenschaftsbewegung im Jahre 1912. Allerdings erfahren wir nur die Zahlen über die eingetragenen Genossenschaften, nicht auch die Mitgliederzahlen. Es bestanden im Jahre 1910 in Deutschland 29 437 Genossenschaften; ihre Zahl stieg 1911 auf 30 489 und 1912 auf 31 771. Interessant ist zu erfahren, wie sich die Zahlen auf die einzelnen Genossenschaftsarten verteilen, wobei die Jahre 1911 und 1912 berücksichtigt werden sollen. Während die Zahl der Kreditgenossenschaften im Jahre 1911 17 462 betrug, waren 1912 deren 18 052 vorhanden. Unter letzteren waren 15 919 Darlehnskassenvereine. Die Zahl der gewerblichen Rohstoffgenossenschaften stieg von 300 auf 393, die der landwirtschaftlichen Rohstoffgenossenschaften von 2063 auf 2117. Warenkassenvereine waren 1911 219, im Jahre 1912 236 vorhanden. Auch die Wertgenossenschaften gliedern sich in gewerbliche und landwirtschaftliche. Von der ersteren Art weist die Statistik 307, von der letzteren 1115 im Jahre 1911, dagegen 316 resp. 1325 im Jahre 1912 auf. Ferner gab es 1911 109 gewerbliche Magazingenossenschaften, deren Zahl im Jahre 1912 die gleiche blieb. Die Zahl der landwirtschaftlichen Magazingenossenschaften stieg von 437 im Jahre 1911 auf 476 im Jahre 1912. Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen gab es 1911 16, im Jahre 1912 17. Die Zahl der Rohstoff- und Magazingenossenschaften im Gewerbe verminderte sich von 152 auf 150, in der Landwirtschaft wurden in beiden Jahren 20 dieser Genossenschaften gezählt. Zucht- und Weidengenossenschaften gab es 305 im Jahre 1911, im Jahre 1912 dagegen 356. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 im ganzen 2285, im Jahre 1912 dagegen 2321 gezählt. Eigentliche Wohnungs- und Baugenossenschaften waren 1911 1063, im Jahre 1912 dagegen 1176 vorhanden. Wohnungs- und Baugenossenschaften (Vereinshäuser) gab es 117 im Jahre 1911, ihre Zahl ging 1912 auf 115 zurück. Konsumvereine wurden im Jahre 1911 100 neu gegründet, aufgelöst wurden 65. Zu bemerken ist noch, daß sämtliche Zahlen sich auf eingetragene Genossenschaften beziehen. Unter ihnen gibt es noch Genossenschaften, die in derselben Weise arbeiten, aber eine andere Rechtsform besitzen.

Der gesetzliche Reichtumstag ist soeben von der französischen Kammer beschlossen

